

**Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
Gleichstellung, Flucht und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Die Ministerin**



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
Gleichstellung, Flucht und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

26. September 2022

Seite 1 von 1

MKJFGFI Nordrhein-Westfalen 40190 Düsseldorf

An den  
Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herr André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40211 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE  
18/205**

A03

Dr. Edgar Voß  
Telefon 0211 837-2370  
Telefax 0211 837-2200  
Edgar.voss@mkjfgfi.nrw.de

**Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am  
22.09.2022**

Vorstellung der politischen Schwerpunkte der 18. WP

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

wie in der o. g. Ausschusssitzung zugesagt, übersende ich hiermit zur  
Information der Ausschussmitglieder den beiliegenden Sprechzettel.

Mit freundlichen Grüßen

Josefine Paul

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Völklinger Straße 4  
40219 Düsseldorf  
Telefon 0211 837-2000  
Telefax 0211 837-2200  
poststelle@mkjfgfi.nrw.de  
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahn Linien  
706, 709 (Haltestelle Stadttor)  
707 (Haltestelle Wupperstraße)



# **Mündlicher Bericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration**

## **Vorstellung der politischen Schwerpunkte der 18. WP**

**Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen vom 22.9.2022**

### **Es gilt das gesprochene Wort!**

Meine Damen und Herren,

wir sind schon weit gekommen. Das sind wir wirklich. Das hat mir ein Video gezeigt, auf das mich neulich jemand aufmerksam gemacht hat. Es sind O-Töne von Männern in Deutschland, die danach gefragt wurden, ob sie es befürworten, dass ihre Frau Auto fährt. Kleiner Spoiler: Wir schreiben das Jahr 1958 und die absolute Mehrheit der Befragten, so wenig repräsentativ Straßenumfragen auch sind, lehnt es ab, dass ihre Frauen Auto fahren. Ihre Antworten scheinen mit unserem Blick von heute aus der Zeit gefallen: „Frauen als Gefahr für den Straßenverkehr“ und „Das traue ich meiner Frau nicht zu“ waren da die Äußerungen. Solche Sätze hören wir heute in der Regel glücklicherweise nicht mehr, oder sagen wir: ganz ganz selten. Dafür noch immer andere: „Ihr verdient doch nur weniger, weil ihr den Mund nicht aufkriegt, um mehr Geld zu fordern.“, „Ihr wollt doch gar keine Karriere machen.“ Oder: „Übertreib mal nicht. Frauen werden hier doch nicht benachteiligt! Jetzt muss mal Schluss sein mit der Gleichstellung“.

Diese Landesregierung hat erkannt: Nein, damit darf noch längst nicht Schluss sein. Es gibt noch immer viel zu tun – in der Politik, der Wirtschaft oder leider sogar auch noch im Kampf gegen Gewalt an Frauen.

Alle Menschen sollen selbstbestimmt in einer diskriminierungsfreien Gesellschaft leben können – dafür setze sich diese Landesregierung, mein Ministerium und ich persönlich ein. Denn wir wollen eine Gesellschaft in der, alle, ganz gleich welchen Geschlechts, in allen Lebensbereichen gleichberechtigt sind.

Wir werden in den kommenden fünf Jahren an vielen Stellschrauben drehen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wenn wir Nordrhein-Westfalen fortschrittlich und zukunftsfähig gestalten wollen, gehört die Gleichberechtigung von Frauen – jedem zweiten Menschen in NRW – unweigerlich dazu. Dieses Ziel müssen wir konsequent weiterverfolgen.

- Wir verbessern die politische Partizipation von Frauen,
- Wir stärken die Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst und

- Wir kämpfen entschieden gegen jegliche Form von Gewalt gegenüber Frauen.

Benachteiligung aufgrund des Geschlechtes findet sich heute leider noch in fast allen gesellschaftlichen Bereichen. Deshalb werden wir in dieser Landesregierung ressortübergreifend daran arbeiten, bestehende Ungleichheiten zu überwinden.

Damit das gelingt, werde ich eine Gleichstellungsstrategie auf den Weg bringen, die für alle Ressorts eine Verbindlichkeit schafft und uns alle, als Landesregierung, verpflichtet, sich um dieses Thema zu kümmern. Dafür ist mir wichtig, dass wir gemeinsam in den Austausch gehen, überholte Vorstellungen und veraltete Rollenbilder ablegen, gemeinsam neue Ideen entwickeln, sie umsetzen und Neues ausprobieren. Die Gleichstellungsstrategie NRW muss etwas Lebendiges, stetig Wachsendes werden, das wir weiterentwickeln entlang der aktuellen Anforderungen und Entwicklungen unserer Gesellschaft.

Mit einem Frauenanteil von lediglich 33,8 Prozent im Landtag, ca. 30 Prozent bei den Landräten und nur knapp 13 Prozent in den Rathäusern, wird deutlich, wie unterrepräsentiert Frauen in der Politik sind. Wenn aber Themen hauptsächlich aus der Perspektive männlicher Politiker gesetzt und beleuchtet werden, dann verpassen wir die Chance den Erfahrungsschatz und die Ideen der Hälfte der Bevölkerung in unsere politische Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Die Bedürfnisse, Vorstellungen und Wünsche werden derzeit somit nicht hinreichend gesehen, berücksichtigt und gewürdigt. Und damit dürfen und werden wir uns nicht zufriedengeben! Wir wollen den Anteil von Frauen in den Parlamenten deshalb durch eine verfassungsmäßige Änderung des Wahlrechts erhöhen. Das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, und dafür werde ich mich als Gleichstellungsministerin konsequent einsetzen.

Zusätzlich werden wir mit einem Mentoring-Programm interessierte Frauen auf den politischen Alltag vorbereiten, bei der Übernahme eines Mandats unterstützen und insbesondere die Gründe dafür erforschen, warum wir Frauen in der (Kommunal-) Politik viel seltener antreffen.

Frauen sind nicht nur in der Politik unterrepräsentiert. Auch sind Frauen seltener in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst und sie gründen seltener. Wir wollen die Aufstiegs- und Teilhabechancen von Frauen daher weiter verbessern und sie dazu ermutigen ihre Potentiale als Fachkraft der Zukunft oder als Gründerinnen stärker zu nutzen. Damit dies gelingt werden wir verschiedene Programme wie das Mentoring-Programm „Kompetenz im Management“ (KIM) fortführen, das Landesgleichstellungsgesetz weiterentwickeln und auch die Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ über die bisherige Förderphase hinaus weiter unterstützen.

Mit der Weiterentwicklung der „Girls and Boys Academies“ wollen wir die Stereotypen in der Arbeitswelt aufbrechen und sowohl jungen Frauen Einblicke in MINT-Berufe, als auch jungen Männern berufspraktische Workshops in SAGHE-Berufen ermöglichen.

Damit sollen alte Denkmuster zu „geschlechtertypischen“ Berufen verändert und neue Perspektiven geschaffen werden.

Denn es ist klar: Mädchen können – genauso wie Jungs auch – alles werden! Das ist meine feste Überzeugung. Die Realität ist allerdings für Frauen oft noch eine andere - wie im Übrigen auch für Männer, wenn wir auf ihre Wünsche beispielsweise zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dann vergleichend auf die gelebte Familienrealität schauen.

Im Beruf hat sich in der jüngsten Vergangenheit zwar vieles getan, trotzdem darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir im europäischen Vergleich zwar bei der Erwerbsquote mithalten können, aber beim Gender Pay Gap am unteren Ende der Tabelle stehen. Frauen verdienen bei den gleichen beruflichen Anforderungen und Belastungen im Durchschnitt 17 Prozent weniger als Männer. Um hier die nötige Transparenz zu schaffen, werden wir einen Lohnatlas veröffentlichen, denn für uns alle gilt: „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“.

Auch ein weiterer Punkt treibt mich als Gleichstellungs- und Familienministerin um, nämlich die Teilzeitquoten von Müttern im Vergleich zu Vätern: 66 Prozent der Mütter in Deutschland arbeiten Teilzeit. Bei den Vätern sind es sieben Prozent. Tendenz: stagnierend. Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist keine Frauenfrage, es ist eine gesellschaftliche Frage. Familie oder die Pflege von Angehörigen darf nicht in einem konstanten Spannungsverhältnis zur Berufstätigkeit stehen. Doch die Pandemie hat dabei die Arbeitsaufteilung in der Familie zuungunsten der Frauen noch weiter verfestigt: Frauen reduzieren häufiger ihre Arbeitszeit, ihr Anteil an der Sorgearbeit nimmt noch weiter zu. Das ist für Frauen eine zutiefst unbefriedigende Situation. Hier müssen wir unbedingt gemeinsam gegensteuern. Die Gleichstellung darf nicht die Erblast dieser Pandemie sein!

Meine Damen und Herren,

es geht heute und in Zukunft aber nicht nur um die politische Partizipation und berufliche Gleichstellung von Frauen oder um Frauen in Führungspositionen. Es muss hier auch um das hässlichste Gesicht gehen, das der nicht gleichberechtigte Blick auf Frauen hat: die Gewalt gegen Frauen. In Deutschland wird jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer und/oder sexualisierter Gewalt; etwa jede vierte Frau wird mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexualisierter Gewalt durch ihren aktuellen oder durch ihren früheren Partner. Diese Zahlen müssen uns antreiben, Prävention und Schutz vor Gewalt ins Zentrum unserer Politik zu stellen.

Nordrhein-Westfalen kann bereits auf ein gewachsenes und hochdifferenziertes Schutz- und Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder zurückgreifen. Trotzdem bestehen auch hier bei uns weiterhin Schutzlücken und wir sind in

der Pflicht, diese zu schließen. Wir werden das tun, indem wir den Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention mit einer Koordinierungsstelle auf Landesebene begleiten und den Ausbau der Frauenhilfeinfrastruktur gerade im ländlichen Raum weiter vorantreiben. Genau das haben wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen und genau deshalb werden wir zügig neue Frauenhäuser in die Landesförderung aufnehmen, regionale Lücken bei den landesgeförderten Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt schließen und den Zugang zu einfachen, niedrigschwelligen Schutzangeboten für von Gewalt betroffene Frauen beibehalten. Beim Ausbau der Schutzangebote werden wir auch die Bedarfe von Frauen in den Blick nehmen, die aufgrund von Besonderheiten in ihrer Biografie wie Flucht und Migration oder aufgrund seelischer und körperlicher Beeinträchtigung ein besonderes Risiko haben Opfer von Gewalt zu werden.

Besonders wichtig ist mir auch, gewaltbetroffene queere Frauen stärker in den Fokus zu rücken und den Schutz von LSBTIQ+ besser mit den Gewalthilfestrukturen zu verzahnen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich gerade vor dem Hintergrund des schlimmen Vorfalls in Münster noch einen Punkt erwähnen: Es ist für mich und diese Landesregierung selbstverständlich, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans\*, inter\*, nichtbinäre und queere Menschen in unserem Land ohne Angst, frei und selbstbestimmt leben können sollen. Deshalb verstärken wir den Einsatz des Landes für eine offene und vielfältige Gesellschaft, reich an ganz unterschiedlichen Menschen. Ich stehe für eine ambitionierte Politik für LSBTIQ\* – und das ausdrücklich auch gegen queerfeindliche Widerstände!

Wir wollen die LSBTIQ\*-Strukturen ausbauen – und dies selbstverständlich im Austausch mit den queeren Communities, ganz gleich, ob in der Stadt oder auf dem Land. Auch setzen wird die Aufarbeitung der historischen Verfolgung von LSBTIQ\*-Menschen fort.

Aber auch mit Blick auf homo- und transfeindliche Herabwürdigung, Ausgrenzung und Gewalt sage ich klar und deutlich: Nicht mit uns! Um dem spürbaren Rollback zu begegnen, werden wir einen Aktionsplan auf der Grundlage einer Lebenslagenstudie entwickeln und Schwerpunkte in Kooperation mit der Zivilgesellschaft setzen.

Unsere Maßnahmen in der Queerpolitik – das ist ein zentraler Eckpfeiler! – werden auch im Querschnitt umgesetzt. Das heißt: Ich freue mich sehr, dass jedes Ressort in seinen Zuständigkeiten eigenverantwortlich tätig werden wird.

Zugleich dürfen wir Kinder nicht aus dem Blick verlieren. Denn sie sind auch immer Betroffene von häuslicher Gewalt, weil selbst Opfer von Gewalt werden oder Gewalt

miterleben müssen. Um den Kinderschutz in den Frauenhäusern bedarfsgerecht zu stärken, wird das Förderprogramm Frauenhäuser ab 2023 um eine Fachkraftstelle für die Arbeit mit den im Frauenhaus lebenden Mädchen und Jungen erweitert.

Für all diese Schritte setze ich auch auf die Expertise und Erfahrungen der vielen engagierten Akteur:innen der Frauenhilfeinfrastruktur, die ich in den Weiterentwicklungsprozess einbeziehen werde.

Wir wissen, dass es viele Fälle von Gewalt gegen Mädchen und Frauen gibt, von denen die Polizei keine Kenntnis hat und die nie zur Anzeige gebracht werden. Um diese Fälle von Gewalt aus dem Dunkelfeld herauszuholen, werden wir in dieser Legislaturperiode – aufbauend auf der Dunkelfeldstudie „Sicherheit und Gewalt in Nordrhein-Westfalen“, die die Landesregierung 2020 veröffentlicht hat – eine weitere Dunkelfeldstudie auflegen. Ziel ist es, das Phänomen Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Nordrhein-Westfalen wissenschaftlich fundiert und vollumfänglich abzubilden, um gezielte Präventions- und Hilfemaßnahmen zu initiieren, Frauen zu ermutigen, Vorfälle auch anzuzeigen, Hilfeangebote bekannter zu machen und weiterentwickeln sowie die Mitarbeitenden in den Beratungsstellen weiter zu sensibilisieren. Leider sind von Gewalt betroffene Personen im Anschluss an eine Gewalthandlung häufig nicht in der Lage, die Tat unmittelbar anzuzeigen. Sie fühlen sich hilflos, überfordert und hoffen darauf, dass „alles wieder gut wird“. Damit sich diese Hoffnung erfüllt, ist es von großer Bedeutung, dass die Tatspuren vertraulich gesichert werden und so in einem zukünftigen Strafverfahren als Beweismittel zur Verfügung stehen. Die Finanzierung der vertraulichen Spurensicherung ist nach Bundesgesetz als Leistung der gesetzlichen Krankenkasse möglich. Die Gespräche über die Umsetzung dieses Gesetzes auf Länderebene wollen wir noch dieses Jahr abschließen.

Die bewährten regionalen Kooperationsbündnisse zur Anonymen Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt an Frauen und Mädchen (ASS-Kooperationen), werden wir daher ebenfalls flächendeckend ausbauen und haben das gewährte Telematik-Instrument iGOBSIS in die Landesförderung aufgenommen, damit Ärzt:innen auch zukünftig in die Lage versetzt werden, Tatspuren zu erkennen und vertraulich zu sichern.

Meine Damen und Herren,

Gewalt gegen Frauen findet nicht nur im häuslichen Umfeld statt, sondern hat viele Facetten. Nach Angaben der Vereinten Nationen geraten jährlich rund 1,6 Millionen Mädchen und Frauen in die Fänge von Menschenhändlern und werden sexuell ausgebeutet oder in die (Zwangs-) Prostitution getrieben. Obwohl Nordrhein-Westfalen bereits über acht spezialisierte Beratungsstellen verfügt, werden wir diesen Bereich ausbauen und vor allem im ländlichen Bereich finanziell stärken.

Ausbauen wollen wir auch die Beratung und Prävention bei weiblicher Genitalverstümmelung. Denn auch in NRW sind schätzungsweise rund 15.000 Frauen von einer Genitalverstümmelung betroffen, rund 5.000 Mädchen hier droht eine solche schwere, traumatisierende Verletzung. Mein Ziel ist es daher, dass wir künftig im Rheinland und in Westfalen jeweils eine leistungsstarke Beratungsstelle fördern. Dabei greifen wir auch auf die Erfahrungen aus dem landesgeförderten Modellprojekt YUNA zurück, die hier bereits wertvolle Arbeit leisten.

Wir wollen Gewaltschutz für Frauen, und natürlich auch für Männer. Es ist wichtig, dass das Tabu, dass auch Männer von häuslicher Gewalt betroffen sein können, brechen. In Nordrhein-Westfalen gibt es bisher nur wenige Beratungs- und Unterstützungsangebote für männliche Gewaltopfer. Das soll und wird sich ändern! Über das Hilfetelefon können sich Männer in akuten Notsituationen schnell Hilfe holen, weitere Unterstützungsstrukturen und Beratungsstellen werden wir fördern und ausbauen. Auch wollen wir die Sprechzeiten erweitern, fremdsprachliche Beratungsangebote ausbauen und die Anzahl der Schutzwohnungen sukzessive erhöhen.

Meine Damen und Herren,

wir haben uns viel vorgenommen. Um dies alles umzusetzen, braucht es viel Woman- und Manpower: längst nicht nur die Mitarbeitenden meines Ministeriums und in den zahlreichen weiteren Landes- und kommunalen Behörden, die diese Projekte und Schritte unermüdlich vorantreiben. Es braucht vor allem die vielen Menschen in der Praxis, in den Verbänden und Beratungsstellen, in Frauenhäusern und Kompetenzzentren – um nur einige zu nennen – die vor Ort mit riesigem Engagement Frauen unterstützen und an neuen Ideen arbeiten.

Aber: Es braucht auch Sie! Es braucht jede und jeden einzelnen, der und die in ihrem und seinem Alltag genau hinschaut, wo wir bei der Gleichstellung noch nicht am Ziel sind – und handelt. Das kann der Nachbar sein, der einen Mann darauf hinweist, dass er gerade einen übergriffigen, sexistischen Witz gemacht hat. Das kann die Führungskraft sein, die der Frau, die zwar exzellente Arbeit macht, aber nicht so fordernd auftritt wie der männliche Kollege, genauso viel Geld anbietet. Das kann die Polizistin sein, die ein Gewaltopfer sensibel befragt und ernstnimmt. Das können Sie sein – in ganz verschiedenen Situationen ihres Alltags und in ihrem politischen Handeln. Ich wünsche mir daher eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, denn uns eint das Ziel einer Gesellschaft frei von Diskriminierung, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt und geschützt vor Gewalt leben können.

Vielen Dank!